

Kuba muss Stromwirtschaft nach Energiekrise umkrempeln

Lieferengpässe legen Transport und Stromversorgung lahm / Von Florian Steinmeyer

Mexiko-Stadt (GTAI) - Kuba durchlebt derzeit aufgrund ausbleibender Erdöllieferungen eine schwere Energiekrise. Mittelfristig dürfte dies die Eigenproduktion und erneuerbare Quellen stärken.

Starke Einschränkungen im öffentlichen Personennahverkehr, ein ausgedünnter Fahrplan der Fernbusse und Züge, kein Strom zu Spitzenzeiten - die Kubaner mussten in der 2. Septemberhälfte einiges hinnehmen. Grund der bereits am 12. September angekündigten Maßnahmen sind laut Präsident Miguel Díaz-Canel die Sanktionen der USA gegen Reedereien, die mit ihren Öltankern die Route Venezuela-Kuba bedienen.

Dadurch seien in den vergangenen zwei Wochen praktisch keine Lieferungen an Erdöl und Treibstoffen auf die Karibikinsel gelangt. Besonders Diesel ist knapp. Erste Tanker werden erst wieder Anfang Oktober in den Häfen des Landes einlaufen. Dann soll sich die Lage normalisieren, und die an die Sonderperiode in den neunziger Jahren erinnernden Kürzungen sollen aufgehoben werden.

Mittel- und langfristige Probleme bleiben

Auch wenn sich die Lage kurzfristig aller Voraussicht nach bessern wird, hat das Regime in Havanna mittel- und langfristig ein Problem. Die USA schneiden die Zufuhr zu den verbilligten Öllieferungen aus Venezuela ab. Und: Auch ungeachtet dessen stellt Caracas aufgrund der dort grassierenden Wirtschafts- und Staatskrise weniger Rohöl und Treibstoffe bereit als in den vergangenen Jahren. Laut Daten des venezolanischen Ölkonzerns PDVSA lieferte das Land 2019 bislang nur 55.300 Barrel pro Tag (bpd). 2015 waren es noch rund 90.000 bpd gewesen.

Kuba bezieht zwar auch Öl und Gas aus anderen Ländern wie Russland sowie von Terminals in den Niederlanden und anderen Staaten der Karibik. Doch ein kompletter Ersatz der verbilligten Lieferungen aus Venezuela ist aufgrund der äußerst angespannten Devisenlage nicht möglich. Die Eigenproduktion von 51.000 bpd (2017) deckt lediglich 40 Prozent des Bedarfs ab. Nicht nur der Transportsektor ist auf die Importe angewiesen. Die Stromerzeugung erfolgt zu über 90 Prozent auf Grundlage von mineralischen Brennstoffen und ist entsprechend anfällig gegenüber Lieferausfällen.

Stärkung der eigenen Förderung

Die schlechten Importaussichten können mittelfristig dazu führen, dass die Regierung bessere Bedingungen für die heimische Förderung von Öl und Gas schafft. Schon seit längerem wird spekuliert, dass es in den Gewässern nördlich der Insel größere Reserven gibt als bislang bekannt. Anfang Juni stellte der kubanische Staatskonzern Cupet in London eine Ausschreibung für die Entwicklung von 24 neuen Förderblöcken vor. Nach der Vergabe sollen die Arbeiten bereits ab 1. Juli 2020 beginnen. 20 Ölfirmen nahmen an der Veranstaltung teil.

Mit der kanadischen Sherrit und der australischen Melbana sind bereits zwei private Ölförderer im Land tätig. Melbana will bis Ende 2019 zusätzliche Bohrlöcher für die Exploration in dem Onshore-Block der Firma anlegen. Bei der Exploration und Ausbeutung bekannter Vorkommen kooperiert Kuba zudem mit staatlichen Ölkonzernen wie China National Petroleum Corporation (China), PDVSA (Venezuela), Petrobras (Brasilien), Sonangol (Angola) und Rosneft (Russland).

KUBA MUSS STROMWIRTSCHAFT NACH ENERGIEKRISE UMKREMPELN

Auch in der Verarbeitung gibt es Potenziale für ausländische Unternehmen. Die derzeitigen Engpässe an Treibstoff sind zum Teil darauf zurückzuführen, dass der Ausstoß der wichtigen Raffinerie Cienfuegos in den letzten Jahren aufgrund technischer Probleme immer weiter schrumpfte. Die Anlage in der gleichnamigen Provinz verfügt über eine Kapazität von 65.000 bpd. 2017 wurden jedoch nur 24.000 bpd verarbeitet.

Stromengpässe treiben erneuerbare Energien an

Die Stromknappheit infolge des Brennstoffmangels dürfte die Regierung zusätzlich anspornen, mehr Elektrizität aus erneuerbaren Quellen zu generieren. Bereits in den vergangenen Jahren wurden erste Projekte für Wind- und Photovoltaikanlagen ausgeschrieben beziehungsweise genehmigt. Diese werden die konventionellen Kraftwerke aber nur ersetzen können, wenn sie mit Energiespeichern ausgestattet sind.

Die Speicher müssen das Netz zu Zeiten des Spitzenverbrauchs versorgen können (gewöhnlich zwischen 11 und 13 Uhr sowie zwischen 18 und 22 Uhr). In der derzeitigen Energiekrise hat sich gezeigt, dass die Grundlast weiter durch Ölkraftwerke bereitgestellt werden kann. Die Stromausfälle sind eher darauf zurückzuführen, dass bei Verbrauchsspitzen nicht wie gewöhnlich Dieselkraftwerke zugeschaltet werden, denn für sie ist kein Treibstoff vorhanden.

Bis 2030 will Kubas Regierung 24 Prozent des Stroms aus erneuerbaren Quellen generieren, darunter vor allem Bioenergieanlagen sowie Photovoltaik- und Windparks. Bei der Finanzierung ist das Land jedoch weitestgehend auf ausländische Geldgeber angewiesen. Weitere Informationen hierzu bietet die Publikation "Kuba - Wegweiser für einen besonderen Markt" (<http://www.gtai.de/PUB201906198000>)

Kontaktadressen

Bezeichnung	Internetadresse	Anmerkungen
Union Cuba-Petróleo (Cupet)	http://www.cupet.cu 	Staatliche Erdölgesellschaft Kubas
Ministerio de Energía y Minas (Minem)	http://www.mindus.gob.cu 	Kubanisches Energie- und Bergbauministerium
Deutsches Büro zur Förderung von Handel und Investitionen in Kuba	http://www.kuba.ahk.de 	Anlaufstelle für deutsche Unternehmen
Cámara de Comercio de Cuba	http://www.camaracuba.cu 	Kubanische Handelskammer

Weitere Informationen zu Wirtschaftslage, Branchen, Geschäftspraxis, Recht, Zoll, Ausschreibungen und Entwicklungsprojekten in Kuba sind unter <http://www.gtai.de/kuba> abrufbar.

Dieser Inhalt ist relevant für:

Kuba
Energie, übergreifend / Stromübertragung, -verteilung, Netze / Öl, Gas
Branchen

Kontakt

Jutta Kusche

 +49 228 24 993 419

 [Ihre Frage an uns](#)

Alle Rechte vorbehalten. Nachdruck – auch teilweise – nur mit vorheriger ausdrücklicher Genehmigung. Trotz größtmöglicher Sorgfalt keine Haftung für den Inhalt.

© 2019 Germany Trade & Invest

Gefördert vom Bundesministerium für Wirtschaft und Energie aufgrund eines Beschlusses des Deutschen Bundestages.